

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Gudrun Brendel-Fischer

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Kerstin Celina

Abg. Bernhard Seidenath

Abg. Joachim Unterländer

Staatsministerin Kerstin Schreyer

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion

"Verantwortung angemessen honorieren - soziale Berufe endlich aufwerten!"

Die fraktionslosen Abgeordneten Claudia Stamm, Günther Felbinger und Alexander Muthmann können jeweils bis zu zwei Minuten sprechen.

Erste Rednerin ist die Frau Kollegin Natascha Kohnen von der SPD. Bitte sehr, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube übrigens nicht, dass die Kollegen von der CSU-Fraktion wieder aufstehen müssen, wenn es um Themen geht, die die Opposition auf die Tagesordnung setzt.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vergangenen Samstag war der Internationale Tag der Pflege. Gestern war der Tag der Kinderbetreuung. Beides sind Branchen mit immensem, ja stetig wachsendem gesellschaftlichem Stellenwert. Es sind beides Branchen, in denen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tagtäglich aufreiben. Warum? – Aufgrund der schweren Arbeitsbedingungen, aufgrund geringer Bezahlung und aufgrund von Anerkennung und Wertschätzung, die sie nach wie vor nicht bekommen, obwohl sie ihnen zutiefst zustünden.

(Beifall bei der SPD)

Diese Entwicklung ist alarmierend. Ich nenne das Beispiel Pflege. Die durchschnittliche Verweildauer des Personals in der Altenpflege beträgt hierzulande gerade einmal 8,4 Jahre. In der Krankenpflege sind es sogar nur 7,5 Jahre. In kaum einem anderen europäischen Land verdienen ausgebildete Pflegerinnen und Pfleger gemessen am

mittleren Einkommen aller Beschäftigten so wenig wie in Deutschland, ganz zu schweigen von den Pflegehelferinnen und Pflegehelfern. Belegt ist all das durch die Hans-Böckler-Stiftung.

Nehmen wir das Beispiel Kinderbetreuung. 20 % aller Beschäftigten arbeiten in befristeten Arbeitsverhältnissen. Bei Fachkräften unter 30 Jahren ist es sogar ein Drittel. Hinzu kommt: Knapp 60 % der Erzieherinnen und Erzieher im Freistaat erhalten lediglich Teilzeitverträge.

(Unruhe)

Ich weiß nun nicht, ob Sie jetzt so unheimlich viel zu ratschen haben oder ob wir vielleicht langsam zur politischen Thematik übergehen können. Das wäre sehr freundlich von Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Die Zahlen, die ich gerade genannt habe, weisen deutlich darauf hin, wo die Politik ganz besonders anpacken müsste. Wir müssen die Arbeitsbedingungen in den sozialen Berufen substanziell verbessern. Das heißt vor allem, wir müssen prekäre Beschäftigungsverhältnisse beseitigen, Perspektiven schaffen und den Beruf deutlich attraktiver machen. Kurz gesagt: Diejenigen, die in sozialen Berufen arbeiten, müssen endlich sozial behandelt werden.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Roos (SPD): Bravo!)

Davon, liebe Kolleginnen und Kollegen, würden nicht nur die Beschäftigten selbst profitieren, sondern auch die vielen Familien in diesem Land, die täglich am mühsamen Spagat zwischen Beruf, Kindererziehung und Pflege der Angehörigen schier verzweifeln. Der Sozialbericht der Staatsregierung legt es offen: Drei Viertel der Eltern im Freistaat sind mit der Vereinbarkeit dieser Lebensbereiche nicht zufrieden. Wo muss also angesetzt werden? – Zunächst bei der Bezahlung. Die neue Bundesregierung will deshalb dafür sorgen, dass Tarifverträge unter anderem in der Altenpflege flächende-

ckend zur Anwendung kommen. Dieses Ziel – das sage ich insbesondere in die Richtung der Kollegen von der bayerischen Union – wollen und müssen wir zügig erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Sie können auf Landesebene ein immens wichtiges Signal setzen, indem Sie sich als Freistaat mit den Arbeitgebern sowie den Arbeitnehmern und den Gewerkschaften zusammensetzen und einen Pakt für anständige Löhne schließen, und zwar nicht irgendwann, sondern jetzt. Um Missverständnisse zu vermeiden: Ja, die Tarifautonomie ist ein hohes Gut, und dieses werden wir nicht in den Grundfesten antasten. Aber die Tarifautonomie darf nicht immer wieder als Totschlagargument benutzt werden, weil das viel bequemer ist, als nach mitunter etwas komplizierten und langwierigen Lösungen zu suchen, die den Menschen aber nachhaltig etwas bringen. Bayern kann hier sehr wohl etwas tun. Bei einem Pakt für anständige Löhne könnte zum Beispiel die Frau Sozialministerin eine moderierende Funktion einnehmen und politischen Druck aufbauen. Wenn wir es erreichen, dass am Ende dieses Prozesses ein "Tarifvertrag Soziales" steht, der für allgemeinverbindlich erklärt wird, dann führt das nicht nur zu höheren Löhnen, sondern auch, Frau Ministerin, zu besseren Arbeitsbedingungen; denn alle Studien, auch die der Wirtschaftsverbände, zeigen uns, dass Beschäftigte in tarifgebundenen Betrieben durchschnittlich weniger lang arbeiten müssen, mehr verdienen und seltener gekündigt werden. Das muss unser gemeinsames Ziel sein.

(Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Bravo! Sehr gut!)

Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung ganz kurz erwähnt, dass er sich für eine einheitliche Tarifbindung für alle Pflegekräfte einsetzen wolle. Wie er das machen will – kein Wort.

Wirklich rätselhaft bleibt aber vor allem eines. Sie wollen sich angeblich für die Stärkung der Tarifbindung einsetzen. Daher frage ich Sie: Warum hat dann die CSU-Fraktion in der letzten Plenarsitzung unseren Antrag abgelehnt? Sie erinnern sich viel-

leicht: Wir haben einen Dringlichkeitsantrag eingereicht mit dem Titel "Offensive für gute und sichere Arbeit in Bayern", und Sie haben geradezu reflexartig behauptet, das sei alles gar nicht notwendig, überflüssig und ohnehin vor allem Aufgabe der Tarifpartner – so der Kollege Dr. Hopp. Warum sträuben Sie sich eigentlich als Regierungspartei so vehement dagegen, Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen endlich gesetzlich vorzuschreiben? Wie passt das zu der Ankündigung des Ministerpräsidenten zur Tarifbindung? – Überhaupt nicht.

(Beifall bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Sie dürfen als Freistaat, als im Moment Verantwortliche, nicht tatenlos zusehen, dass die Tarifbindung immer weiter sinkt.

Über die Tarifbindung hinaus gibt es aber auch ein ganzes Bündel an branchenspezifischen Maßnahmen, die der Freistaat ergreifen kann. Ich will nur ein paar Maßnahmen kurz anreißen, zunächst für den Bereich der Erzieher. Dazu gehört die Verbesserung des Fortbildungsangebots für pädagogische Fachkräfte, ohne dass diese die Fortbildungen aus eigener Tasche bezahlen müssen; denn jede Fortbildung, Frau Ministerin, kommt letztlich unseren Kindern zugute, und das muss jetzt endlich umgesetzt werden.

(Beifall bei der SPD)

Schließlich fordern wir eine verbindliche Regelung zur Leitungsfreistellung; denn Einrichtungsleiterinnen – in diesem Fall meistens Frauen – brauchen Zeit für Verwaltungsaufgaben und für die Zusammenarbeit mit den Eltern.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Auch das ist machbar und überfällig. Dazu gehören auch die Reduzierung und die Abschaffung der unfreiwilligen Teilzeitanstellungen und Befristungen. Hier muss das Land endlich ran.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Roos (SPD): Bravo!)

Ähnlich prekär wie im Bereich Erziehung gestaltet sich die Situation in der Pflege. Wir fordern deshalb unter anderem in unserem aktuellen Krankenhausgesetz, das noch in der parlamentarischen Debatte ist, eine Mindestpersonalausstattung. Diese soll am Verhältnis von Fachpflegekräften zu Patienten gemessen werden und rund um die Uhr gelten. Wir wollen, dass die Krankenhäuser ihre Beschäftigten besser vor beruflichen Belastungen schützen. Auch das regelt unser Gesetzentwurf. Wir bitten Sie nur darum: Geben Sie sich einen Ruck, und stimmen Sie diesem Gesetz zu! Das ist für unsere Pflege dringend notwendig.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich abschließend sagen, weil jetzt mit Sicherheit gleich ein Redner kommt, der sagt, alles nur Bundesebene – –

(Tobias Reiß (CSU): Rednerin!)

– Oder Rednerin. Es kommen vielleicht noch andere Männer. Wir wissen es nicht. – Sagen Sie bitte nicht anschließend, Tarifautonomie, nein, da machen wir nichts. Die Bundesebene ist zuständig, wir haben jetzt plötzlich den Mindestlohn durchgesetzt. – Das war übrigens für uns als SPD hart genug, das bei Ihnen durchzusetzen. Das muss man auch mal sagen.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Roos (SPD): Bravo!)

Auf der landespolitischen Ebene ist in den Bereichen Erziehung und Pflege so vieles möglich. Es ist für den Zusammenhalt und das Miteinander in unserer Gesellschaft dringend notwendig, dass wir da substanzielle Verbesserungen hinbekommen. Wenn wir es klug anstellen, schlägt jetzt zu Beginn der Digitalisierung in der Arbeitswelt – wir sind eigentlich schon mittendrin – die Stunde der sozialen Berufe; denn Maschinen werden niemals den Dienst, die Fürsorge und das Begleiten in den letzten Stunden leisten können. Das werden Maschinen nie können. Deswegen ist jetzt die Stunde der

sozialen Berufe, wenn Sie als Landespolitiker – und damit sind Sie als im Moment in dieser Staatsregierung Verantwortliche dran – das jetzt in Angriff nehmen und endlich wirklich umsetzen. Erzieherinnen und Erzieher, Pflegerinnen und Pfleger, Pflegehelferinnen und Pflegehelfer, sie alle müssen in unserem Land mehr verdienen, sonst verdienen wir nicht die Bezeichnungen "Sozialpolitik" und "anständiger Sozialstaat". Das muss jetzt passieren. Jetzt ist die Stunde der sozialen Berufe.

(Volkmar Halbleib (SPD): Bravo! Sehr gute Rede! – Anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat die Kollegin Brendel-Fischer von der CSU das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Auch in unserer Fraktion spielen die sozialen Berufe eine ganz wichtige Rolle. Wenn Sie auf die letzten Jahre zurückschauen – ich werde mich hier vor allem auf die Erzieherinnen und Erzieher und die Kinderpflege beschränken, den anderen Part wird ein Kollege übernehmen –, dann stellen Sie fest, es hat sich ganz viel zum Positiven gewandelt. Wir haben allein in Bayern 150.000 Pflegekräfte, für die wir dankbar sind, und 90.000 Menschen, die in den Kindertagesstätten im Bereich der Erziehung arbeiten. Wir wollen diese Berufe nicht schlechtreden – wir haben das auch nie gemacht – und wollen nicht so tun, als ob die Situation auf diesen Arbeitsfeldern unannehmbar sei. Das hat nämlich auf die Nachwuchsförderung nicht unbedingt die besten Auswirkungen. Soziale Berufe spielen sich vor allem in familienergänzenden Strukturen ab. Dort sind Vertrautheit und natürlich Professionalität wichtig; aber vor allem ist ein Vertrauensvorschuss derjenigen, die in diesen Einrichtungen betreut werden, und von deren Angerhörigen nötig. Gerade in unseren Krippen und unseren Kindertagesstätten wird soziale Kompetenz trainiert. Diese sind neben der Familie mit die wichtigsten Sozialisationsinstanzen.

Finanzielle Anerkennung ist natürlich wichtig, muss aber – das haben Sie auch so ausgeführt, Frau Kohnen – in erster Linie von den Arbeitgebern gewährt werden. Hier müssen Kommunen oder auch freie Träger ihre Hausaufgaben noch etwas intensiver machen. Der Freistaat flankiert jede Tariferhöhung mit einer Anhebung der entsprechenden Förderung. Appelle an die Arbeitgeberseite, nachzubessern und Rahmenbedingungen regelmäßig zu optimieren, sind sicher sehr wichtig. Die Tarifabschlüsse im April dieses Jahres haben gottlob immerhin 7,3 % mehr für den Sozial- und Erziehungsdienst und vor allem für die Einsteigenden bis zu 12 % mehr in der Stufe 1 der Entgeltgruppen gebracht. Das kann sich, denke ich, schon sehen lassen; das ist ein guter Aufschlag gewesen. In erster Linie gilt das zwar für die Trägerschaften im öffentlichen Dienst, aber wir wissen auch, dass sich die weiteren Träger immer im Nahbereich aufhalten.

Uns mutet aber immer seltsam an, wenn Sie draußen herumsausen – und zwar alle Fraktionen der Opposition – und verlautbaren, dass Sie zum Beispiel keine Erhebung von Kindergartenbeiträgen möchten. Einerseits rufen Sie also nach der völligen Beitragsfreiheit, andererseits wollen Sie die Öffnungszeiten verbessern – das ist auch notwendig – und die Qualität steigern. Die Menschen draußen nehmen Ihnen nicht ab, dass das zusammenzubringen ist. Von daher würde ich mich an Ihrer Stelle hier etwas mehr zurücknehmen. Außerdem wissen wir alle, dass gerade bei Familien in unteren Einkommensbereichen die Kinderbetreuungsbeiträge von der Wirtschaftlichen Jugendhilfe der zuständigen Behörde übernommen werden.

Wir wollen natürlich auch die Ausbildungssituation weiter vorantreiben. Sowohl unter Ministerin Müller als auch jetzt unter unserer neuen Ministerin Frau Schreyer wurden bzw. werden sehr viele Ausbildungsalternativen angegangen. Sie kennen den Modellversuch OptiPrax. Damit versuchen wir über einen neuen Weg, vor allem den Nachwuchs zu generieren. Er sieht insbesondere einen frühzeitigeren Verdienst vor, und die Ausbildung stößt dadurch hoffentlich auf mehr Interesse bei jungen Frauen, aber auch bei jungen Männern. Zudem bieten wir immer mehr Alternativen für Quereinstei-

ger an. Das ist auch im Hinblick auf die Ausbauvorhaben in den nächsten fünf Jahren, von denen wir in der Regierungserklärung gehört haben, wichtig.

In diesem Schuljahr gibt es wieder 65 Fachakademien für Sozialpädagogik. Auch das ist ein richtiger Weg, der bessere Zahlen beim Erzieherinnennachwuchs bringen wird.

Im Übrigen sollen in den nächsten fünf Jahren 2.000 Tagespflegepersonen qualifiziert werden. Sie sollen dazu beitragen, dass das Erzieherpersonal seiner eigentlichen Aufgabe mehr gerecht werden kann, und sie sollen hauswirtschaftliche Tätigkeiten übernehmen, die in den großen Kindertagesstätten immer mehr Einzug gehalten haben.

Qualität war ein Schlagwort. Es steht außer Frage, dass Qualität nicht nur den Kindern in unseren Kindertagesstätten guttun soll, sondern insbesondere dem Personal einen Mehrwert bringt. Sie haben die Fortbildung nicht gut wegkommen lassen. Ich möchte in diesem Zusammenhang aber ausdrücklich auf die Qualitätsbegleitung hinweisen, die jetzt gut läuft. Von Erzieherinnen und Kindertagesstättenleiterinnen wird mir berichtet, dass diese Qualitätsbegleitung sehr gut ankommt, weil es keine zentrale Veranstaltung ist, die irgendwo stattfindet und zu der man erst anreisen muss. Die Begleiterinnen kommen in die Einrichtungen, und das Team nimmt diese Qualifizierung in Form einer Inhouseschulung als Gesamtpaket wahr, dessen Inhalte dann auf die Situation vor Ort gut übertragen werden können.

Der Betreuungsschlüssel ist auch etwas, was die Rahmenbedingungen für das Personal gut voranbringt. Er hat sich in den letzten Jahren massiv verändert bzw. verbessert, und unser Bayerischer Bildungs- und Erziehungsplan wird mittlerweile von vielen anderen Bundesländern nachgeahmt. Das ist kein schlechtes Signal, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Zurück zur finanziellen Situation in den sozialen Berufen: Heute wurde im Kabinett ein wichtiger Beschluss gefasst, der in den Wohnungsbau in den Ballungsräumen Bewe-

gung bringen soll. Er soll vor allem auch bezahlbaren Wohnraum für unsere Erzieherinnen und Erzieher schaffen, aber auch für Menschen, die in der Pflege beschäftigt sind, ein entsprechendes Angebot darstellen.

Wir schaffen auch immer bessere räumliche Rahmenbedingungen in unseren Einrichtungen. Ich möchte auf die zahlreichen Programme der letzten Jahre hinweisen; aktuell läuft auch wieder ein neues, das über den Bund maßgeblich mitgefördert wird. In Bayern wurden die Mittel aus sämtlichen Programmen aber immer direkt an die Kommunen weitergegeben, die die eigentlich Zuständigen für die Kinderbetreuung sind. Des Weiteren sind wir dabei, das Summenraumprogramm auf neue Beine zu stellen, sodass sich die Rahmenbedingungen weiter verbessern werden.

Über die Verwaltungsaufgaben, die letztendlich ebenfalls zur Situation gehören, hört man immer wieder, dass zu viel Verwaltungsaufwand in die Hand der Kindertagesstättenleitung gelangt. Diesbezüglich müssen wir direkter und ernsthafter an unsere Träger appellieren, die hier eigentlich in der Verantwortung stehen.

Ich möchte zusammenfassen: Vor allem die Forderung nach einer kostenfreien Kinderbetreuung ist ein Märchen. Alles zum Nulltarif anzubieten und zusätzliche Mehrwerte zu schaffen, das wird nicht gelingen, und das wird Ihnen auch niemand abnehmen. Wir hingegen werden weiterhin daran arbeiten, die Rahmenbedingungen für unser Personal in diesem Bereich zu verbessern – das geht Schritt für Schritt. Dabei sind wir natürlich auch auf die Bereitschaft und die Konstitution der Trägerverbände angewiesen. Ich kenne manch einen Geschäftsführer, der in einem Trägerverband arbeitet und dort sehr gut verdient, und die Strukturen müssten in manch einem Trägerverband einmal kritisch reflektiert werden.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch die Chance nutzen und in diesem sozialen Kontext auf die vielen ehrenamtlich tätigen Menschen hinweisen, die rund um die Hauptamtlichen zusätzliche Power einbringen. Sie sind wichtig und notwendig, und wir werden sie weiterhin brauchen. Auch an diesen Kreis bzw. an diese Klientel von die-

ser Stelle ein herzliches Dankeschön. Die Erzieherinnen und Erzieher und das Personal in den Kindertagesstätten werden sich weiterhin auf uns verlassen können. Bayern steht nicht so schlecht da, wie Sie das gerne wie im Vergleich mit einem Entwicklungsland immer wieder rüberbringen wollen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat jetzt Frau Kollegin Schmidt das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Aufwertung der sozialen Berufe ist ein Evergreen, den wir immer wieder und vor allem zu Wahlkampfzeiten hören.

Die Bezahlung in den sozialen Berufen ist oft unbefriedigend; das steht außer Frage. Die Kollegin hat gerade erwähnt, dass manche Vorsitzende wohl gutes Geld verdienen. In den sozialen Berufen, in denen hauptsächlich Frauen beschäftigt sind, haben wir aber nicht nur eine gläserne Decke, sondern eine Granitdecke. Gehen Sie auf die ConSozial, und gehen Sie zu großen Verbänden vor Ort – mindestens 90 % der Frauen, die dort von der Pike auf anfangen, werden niemals in diesen Führungskreisen landen. Was ist es für ein Zeichen, beim Start zu wissen, dass man ohne einen enormen Mehraufwand nie eine Führungskraft werden kann?

Die Erzieherinnenausbildung ist nicht so vergütet, dass man unabhängig sein kann. Das ist unbefriedigend. Eine ausgebildete Erzieherin oder ein ausgebildeter Erzieher hat ein Einstiegsgehalt von etwa 2.500 Euro und ist aufgrund der Buchungszeiten und Angebote oft in Teilzeit oder befristet beschäftigt. Das ist unbefriedigend. Die Förderung der Teilzeitausbildung haben wir sehr zurückgefahren, weil wir nicht genug Nachfrage hatten. Das ist unbefriedigend. Welches Bild vermitteln wir von diesem Beruf? – Bei der berufsbegleitenden Ausbildung – das gilt dann auch für die Altenpflegerinnen und Altenpfleger – ist die Nachfrage zurückgegangen. Das ist unbefriedigend.

Wenn der Herr Ministerpräsident 30.000 neue Kitaplätze verspricht, wir aber keine Erzieherinnen oder Erzieher dafür haben, ist das unbefriedigend. Ich habe Ihnen nur die tagesaktuellen Zahlen mitgebracht. Wie viele Erzieherinnen und Erzieher werden in Bayern an diesem Tag über die eine Sozialplattform gesucht? – Es sind genau 1.062. 19 sind am heutigen Tag eingestellt worden. Ich weiß nicht, ob die Zahlen regelmäßig gelöscht werden, aber es ist eine gemeinsame Plattform von 600 Sozialpädagogen oder Sozialpädagoginnen.

Eine Verbesserung der Situation ist bis jetzt ausgeblieben. Auch wenn Herr Söder diese Plätze verspricht, wir haben im Moment – ich weiß nicht, wie es bei Ihnen vor Ort ist – weniger Nachfrage nach Ausbildungsplätzen. Sie kennen den Altersdurchschnitt. Wir wissen, wer in Rente geht. Das ist unbefriedigend.

Jetzt geht es um den Fachkräftemangel in der Pflege und die Wertschätzung sozialer Berufe. Frau Kollegin Kohnen, den Personalschlüssel, den wir haben, und die 8.000 Fachkraftstellen in der Pflege, die auf Bundesebene versprochen worden sind, haben Sie genauso mit zu verantworten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Präsident des Deutschen Pflegerats, Herr Wagner, sagt, es fehlen in Deutschland 100.000 Altenpfleger, davon die Hälfte in den Krankenhäusern. Das haben Sie genauso mit zu verantworten. Schätzen Sie einmal die Zahl der Pflegekräfte, die zum heutigen Tag in Bayern gesucht werden. Die Zahl der Pflegekräfte, die heute gesucht werden – darunter sind auch Teilzeitkräfte, die gesucht werden –, beträgt 2.597. In der Berechnung des Personalschlüssels haben wir keinen zeitlichen Puffer vorgesehen. Die Frauen in der Altenpflege arbeiten mit Menschen. Ich habe gestern Altenpflegerinnen getroffen, die gesagt haben, sie haben keinen Zeitpuffer, wenn sich eine von ihnen verhebt oder wenn sich ein alter Mensch beschmutzt und sie eine Stunde Zeit brauchen, bis er wieder in einem ordentlichen Zustand ist, oder wenn er seelisch unsicher ist. Sie haben keinen Zeitpuffer.

Das wären einige wenige erste Schritte. Ich könnte noch viel mehr nennen. Eine Aktuelle Stunde zur Wertschätzung der Pflegeberufe und anderer sozialer Berufe bringt uns da nicht wirklich weiter. Wir brauchen mehr Wertschätzung für diese Menschen und müssen mehr in die Ausbildung investieren. Wir müssen auch Zeitpuffer einbauen, weil Menschen Menschen sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat Frau Kollegin Celina das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Vor zwei Jahren bin ich mit einigen Mitgliedern meiner Fraktion nach Rumänien, nach Sibiu im früheren Siebenbürgen, gefahren. Wir besuchten dort ein vorbildlich geführtes Pflegeheim mit einer engagierten Leiterin, die uns erklärte, dass ihre gut ausgebildeten und meistens auch gut Deutsch sprechenden Mitarbeiterinnen regelmäßig abgeworben wurden, um in Deutschland offene Stellen in der Pflege zu besetzen. Ohne die vielen Arbeitskräfte aus Mittel- und Osteuropa könnten wir unsere Pflegebedürftigen schon lange nicht mehr ausreichend pflegen. Viele Träger, Einrichtungen und Familien suchen verzweifelt jemanden, der sich kompetent, liebevoll und geduldig um ihre pflegebedürftigen Verwandten kümmert.

Die Diakonie hat inzwischen Aktionen wie "Mitarbeiter suchen Mitarbeiter" gestartet. Am vergangenen Samstag, dem Tag der Pflege, hat sie dazu aufgefordert, bei diesen Aktionen Bewerbungen direkt entgegenzunehmen und Verträge gleich abzuschließen. Trotzdem bleibt der Mangel eklatant. Die Zahl der in der Pflege, insbesondere in der Altenpflege, benötigten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wird weiter wachsen. Deswegen muss die Regierung jetzt endlich mit konkreten Maßnahmen gegensteuern; denn das bisherige Nichtstun der Regierung, ihre Sonntagsreden und ihre unverbindlichen

Werbemaßnahmen waren ganz offensichtlich nicht geeignet, um ausreichend Personal zu finden und in den sozialen Berufen zu halten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Viele ausgebildete Altenpfleger und Altenpflegerinnen geben nach wenigen Jahren ihren Beruf auf, weil die Arbeitsbedingungen oft schlecht sind. Wieder andere arbeiten in Teilzeit. Viele stocken auch zum Selbstschutz vor Überlastung ihre Arbeitszeit nicht auf. Was haben Sie, meine Kollegen und Kolleginnen von der SPD und der CSU im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbart? – 8.000 neue Stellen in der Pflege. Ich frage mich, wie die Bundesregierung ernsthaft glauben kann, mit 8.000 Stellen dem Personalmangel zu begegnen, wenn aktuell 36.000 Stellen in der Kranken- und Altenpflege nicht besetzt sind. Experten prognostizieren bis zum Jahr 2030 sogar einen Mangel von einer halben Million Fachkräfte.

In Bayern wird die Zahl aller Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2020 auf insgesamt 410.000 steigen. Laut Prognose der Bertelsmann Stiftung ist in Bayern in der ambulanten Pflege im Jahr 2030 mit einer Versorgungslücke von über 14.000 Vollzeitkräften zu rechnen. Die Zahlen sind nicht neu und nicht überraschend. Wie in diesem Zusammenhang 8.000 Stellen bundesweit reichen sollen und wie sie verteilt werden sollen, das mögen mir die Damen und Herren von CSU und SPD erklären. Ich kann es nicht.

Verglichen mit dem rumänischen Gehalt mag das deutsche Gehalt vielleicht hoch und attraktiv erscheinen. Verglichen mit dem, was andere hier verdienen, ist es aber nicht attraktiv. Damit sind wir genau bei den Arbeitsbedingungen. Das Gehalt ist zumindest dann nicht attraktiv, wenn man die Entwicklung der Arbeitsbedingungen und die enorme Arbeitsverdichtung in den letzten Jahren einbezieht. Arbeitnehmer verdienen in Deutschland im Schnitt etwa 20 Euro pro Stunde, Fachkräfte in der Altenpflege bekommen 15 Euro, Hilfskräfte mit einjähriger Ausbildung 12 Euro, und es gibt auch einen Mindestlohn. Wir müssen aber endlich den Maßstab zurechtrücken. Spitzenmanager verdienen mit ihren Boni in der Stunde das, was viele Pflegekräfte oder Erziehe-

rinnen in einem ganzen Monat bekommen. Das passt nicht zusammen. Eine bessere Bezahlung in den sozialen Berufen ist dringend erforderlich.

Für viele Beschäftigte gibt es darüber hinaus keinen Tarifvertrag. Auch die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen im Handwerk und in der Industrie und Frauen in den sozialen Berufen hat die Regierung in den letzten Jahren nicht schließen können. Wir brauchen bessere Möglichkeiten, die Arbeitszeiten selbst zu gestalten und mit dem Privat- und Familienleben in Einklang zu bringen. Freizeit muss Freizeit bleiben. Regelmäßige Anrufe bei Pflegekräften zu Hause, mit der Frage, ob sie einspringen können, sind das Resultat einer verfehlten Politik, die nur ein absolutes Minimum an Pflegekräften finanziert, Krankheitsersatz aber nicht vorsieht und finanziert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen Pflegekräfte, die bei der Ausbildung, bei den Arbeitsbedingungen und vielem mehr mitreden und mitentscheiden. Wir brauchen ein Forum, in dem sie mitreden dürfen. Wir brauchen eine Pflegekammer.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER))

Der neue Ministerpräsident hat mit so manchen alten Zöpfen der Seehofer-Regierung aufgeräumt, so zum Beispiel mit dem Blödsinn eines Betreuungsgeldes. Ich hoffe, er wendet sich endlich auch der Einrichtung einer echten Pflegekammer zu. Ich versichere Ihnen, liebe Kollegen von der CSU, damit bekämen Sie auch einmal positive Presseberichte und Lob. Das könnte doch ein Anreiz sein.

Allgemein verbindliche Tarifverträge und Mindestlöhne sind der einzige Weg, auf dem der Staat die Gehaltsentwicklung beeinflussen kann. Mit einem Personalmindestschlüssel kann die Regierung die Arbeitsbedingungen konkret beeinflussen. Mit der Förderung von Arbeitshilfen kann sie das tägliche Arbeitsleben erleichtern. Wie viel Zeit steht Pflegerinnen zur Verfügung, egal, ob im ambulanten oder im stationären Be-

reich? Wie viel Zeit haben sie zum Beispiel im Alltag bei der Pflege von Schwerhörigen oder von Menschen, die kaum noch etwas sehen können? Wie gehen sie mit adipösen und schwergewichtigen Patienten um? All das sind Arbeitsbedingungen, die wir beeinflussen können. Die Konsequenz aus höheren Gehältern für Pflegekräfte wäre sonst, dass Pflegebedürftige noch weniger Zuwendung erhalten, weil die Pfleger und Pflegerinnen noch schneller arbeiten müssten, um den gestiegenen Lohn zu erwirtschaften. Das will ich nicht. Das will keiner von uns. Deswegen müssen wir auch den Leistungskatalog und die Fallpauschalen überarbeiten, um für die Pflegeberufe bessere Bedingungen zu bekommen. Ein höheres Gehalt und bessere Arbeitsbedingungen bekommt man nicht umsonst. Wir alle, nicht nur die Träger, die Arbeitgeber und die Kassen, sondern wir alle müssen uns darauf einstellen, dass gute Pflege uns etwas wert ist und etwas kosten darf.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die CSU-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Seidenath das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kolleginnen und Kollegen der SPD haben die heutige Aktuelle Stunde mit dem Titel "Verantwortung angemessen honorieren – soziale Berufe endlich aufwerten!" überschrieben. Damit packen Sie ein überaus wichtiges Thema an, das in unserer Fraktion bereits seit Langem im Fokus steht, das man nicht durch einen Fingerschnipp lösen kann. Aber es ist ein Thema, bei dem sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene in den letzten Monaten, Wochen, aber auch Jahren viel passiert ist und weiterhin viel passiert. Der rote Faden dabei ist der ausgeprägte und weiter zunehmende Fachkräftemangel. Diesen gilt es zu bekämpfen. Hier müssen wir alle zusammenhelfen; denn die Humanität unserer Gesellschaft zeigt sich daran, wie wir mit den Schwächeren umgehen, wie wir mit vulnerablen Personen umgehen, mit den ganz Kleinen ebenso wie mit den Menschen mit Behinderung, den Kranken, den Sterbenden und den Pflegebedürftigen. Wir haben in

unserem Land viele Menschen, die sich tagtäglich aufopferungsvoll um diese Personengruppen kümmern: die Hebammen und die Entbindungspfleger, die Erzieherinnen und Erzieher, die Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger, die Heilerziehungspflegerinnen und Heilerziehungspfleger, die Alten- und Krankenpflegerinnen und -pfleger. Ihnen allen sagen wir für ihre großartige Leistung ein herzliches Vergelts Gott. Sie vor allem machen das menschliche Antlitz unserer Gesellschaft aus.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich ein wenig auf den Gesundheitsfachberuf Pflege eingehen, der im normalen Sprachgebrauch als sozialer Beruf gilt. Die CSU-Fraktion steht kurz vor der Einbringung eines großen Antragspaketes, mit dem wir die Situation der Altenpflegerinnen und Altenpfleger verbessern wollen. Ein wichtiger Punkt dabei ist die angemessene Honorierung, also die Aufwertung durch Geld- und Finanzmittel. Wir appellieren hier seit Langem an die Selbstverwaltungspartner, die dafür zuständig sind. Wir werden aber auch mehr mit Allgemeinverbindlicherklärungen von Tarifverträgen arbeiten müssen. Mit diesem Punkt haben sich auch die Koalitionäre auf Bundesebene befasst. Die Kolleginnen und Kollegen der SPD wissen das ganz genau; denn schließlich haben sie den Koalitionsvertrag mit uns unterzeichnet bzw. sich der Mehrheit ihres Mitgliederentscheids gefügt. Dort steht zum Beispiel für die Pflegekräfte viel von Aufwertung und angemessener Honorierung. Ich zitiere:

Wir werden die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in der Alten- und Krankenpflege sofort und spürbar verbessern. Es werden Sofortmaßnahmen für eine bessere Personalausstattung in der Altenpflege und im Krankenhausbereich ergriffen und dafür zusätzliche Stellen zielgerichtet gefördert.

Und jetzt kommt es:

Gemeinsam mit den Tarifpartnern wollen wir dafür sorgen, dass Tarifverträge in der Altenpflege flächendeckend zur Anwendung kommen. Wir wollen angemess-

sene Löhne und gute Arbeitsbedingungen in der Altenpflege. Dafür schaffen wir die gesetzlichen Voraussetzungen.

Hier, meine Damen und Herren, ist nun der Bundesarbeitsminister am Zug, und der ist Mitglied Ihrer Partei. Der Bundesgesundheitsminister, der den Bereich der Pflege verantwortet, hat mir vor einer Woche gesagt, dass er diesbezüglich bereits auf Kohlen sitzt und darauf wartet, dass das SPD-geführte Arbeitsministerium endlich liefert. Hier müssen endlich die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden.

Was macht der Freistaat Bayern? – Bayern handelt. Wir führen das bayerische Pflegegeld ein, mit 1.000 Euro pro Jahr für Pflegebedürftige ab dem Pflegegrad 2. Es wird ab September ausbezahlt.

Um den dramatischen Fachkräftemangel zu bekämpfen, dürfen wir aber nicht nur aufs Geld sehen. Wir brauchen auch bezahlbaren Wohnraum, gerade in den Ballungszentren. Das ist eines der drängendsten Themen, bei dem wir alle zusammenhelfen müssen. Ich bin deshalb dankbar, dass unser Ministerpräsident ein neues Ministerium für Wohnen, Bau und Verkehr mit Ilse Aigner an der Spitze eingerichtet hat. Das ist ein Schwerpunkt der Politik der Staatsregierung, und das ist gut so.

Es geht aber auch um Wertschätzung. Wir alle sollten hemmungslos gut über die sozialen Berufe sprechen. Wir sollten unsere Dankbarkeit auch in Ehrungen zum Ausdruck bringen. Es geht auch um die Reduktion der Arbeitsbelastung, also um die Besetzung freier Stellen. Es geht um den Abbau von Bürokratie und die Gesundheitsförderung. Es geht sozusagen um die Pflege der Pflegenden. Es geht um eine wirksame Interessenvertretung, etwa durch die neue Vereinigung der Pflegenden in Bayern.

Lassen Sie mich noch auf die bedeutende Berufsgruppe der Hebammen eingehen. Sie sind uns, der CSU-Landtagsfraktion, enorm wichtig. Wir haben bereits viel unternommen, um die finanzielle Situation der Hebammen zu stärken. Ministerpräsident Markus Söder hat in seiner Regierungserklärung letzten Monat für die freiberuflichen

Hebammen einen Bonus in Höhe von 1.000 Euro pro Jahr angekündigt. Auch das ist Wertschätzung, auch das ist Honorierung, auch das ist Aufwertung.

Meine Damen und Herren, die Aufwertung der sozialen Berufe ist und bleibt eine Gemeinschaftsaufgabe. Sie eignet sich nicht für parteipolitisches Gezänk. Lassen Sie uns deshalb hier zusammenwirken und den eingeschlagenen Weg konsequent weitergehen. Das sind wir den Menschen in unserem Land schuldig, gerade den Schwächeren.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CSU-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Unterländer das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Joachim Unterländer (CSU): Liebe Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nahtlos an das anknüpfen, was Herr Kollege Bernhard Seidenath angesprochen hat. Es sollte unser Ziel sein, die Fragen, welche Zukunft die sozialen Berufe haben, wie sie in unserer Gesellschaft anerkannt werden, wie die Menschen, die dort arbeiten, leben können, gemeinsam anzugehen. Wir sollten eine Gemeinschaftsaktion starten. Es bringt nichts, hier parteipolitische Scharmützel zu führen und Schuldzuweisungen zu machen. Ich sage nicht, dass das irgendjemand heute gemacht hat. Ich stelle das nur fest. Meine Damen und Herren, wenn wir wollen, dass die sozialen Berufe in der öffentlichen Wahrnehmung mehr Priorität bekommen, dann sollten wir nicht darüber streiten, welche Zukunft sie haben. Das wäre der falsche Weg.

(Beifall bei der CSU)

Außerdem müssen wir die sozialen Berufe in unserer Gesellschaft, in unserem Gemeinwesen mit einem höheren Stellenwert versehen. Wir kennen die Ursachen, die dazu geführt haben, dass die Bezahlung, die Arbeits- und die Rahmenbedingungen nicht so günstig sind. Das hängt sehr viel mit der Vergangenheit zusammen. Viele

Klosterschwestern haben die Arbeit letzten Endes häufig für Gotteslohn geleistet. Die Umstellung in der Finanzierung hat nicht immer funktioniert, und auch die Refinanzierung in unserem Gemeinwesen war nicht immer auf dem richtigen Weg. Es gibt deshalb eine Vielzahl von Maßnahmen, die wir ergreifen müssen, um die Zukunft der sozialen Berufe in der Priorität ganz oben anzusetzen. Da wäre eine Verbesserung der Bezahlung für diejenigen, die in diesen Berufen tätig sind. Meine Damen und Herren, das hat aber nur dann einen Sinn, wenn das auch refinanziert wird. In der Konsequenz bedeutet das, dass wir im Gemeinwesen mehr investieren müssen, um mehr Personal zu haben. Das geht nicht zum Nulltarif. Hier brauchen wir die entsprechenden Verbesserungen. Der Staat ist hier auch durchaus tätig, meine Damen und Herren.

Bei den Kindertageseinrichtungen wollen wir beispielsweise eine Indexierung im Basiswert vornehmen. Wir entwickeln die Tarifabschlüsse selbst mit. Unser Bundesinnenminister Horst Seehofer hat bei den Tarifverhandlungen auf Bundesebene ausdrücklich soziale Komponenten bei den Sozialberufen eingebracht. So kann bei den Sozialberufen eine überproportional höhere Entlohnung erfolgen.

Meine Damen und Herren, ich meine, das ist ein Zeichen, das wir als öffentliche Arbeitgeber geben sollten. Nur auf diese Art und Weise kann die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand wahrgenommen werden.

(Beifall bei der CSU)

Darüber hinaus müssen wir ganz klar daran arbeiten, dass über Tarifverträge eine verlässliche und verbindliche Bezahlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den sozialen Berufen erfolgt.

Herr Kollege Imhof hat als Patienten- und Pflegebeauftragter wesentliche Impulse im Hinblick auf die Ausbildung gegeben. Ich wünsche ihm viel Glück, damit das erfolgreich sein wird. Wir brauchen solche Initiativen, damit die Betroffenen in Zukunft eine gute Perspektive haben.

Abschließend möchte ich noch einen Bereich ansprechen, der mir ein besonderes Anliegen ist. Auf der einen Seite haben wir eine mangelnde Anerkennung der Sozialberufe, auf der anderen Seite einen Personalmangel. Das gilt vor allem für Berufe in der sozialen Arbeit, die ein Studium erfordern. Staatsministerin Kerstin Schreyer hat diese Ausbildung absolviert. Uns muss es mit einer Kraftanstrengung gelingen, mehr Studienplätze für diesen Bereich zu schaffen. Es hilft nicht, nur Sonntagsreden zu halten. Es ist notwendig, mit zusätzlichen Stellen neue Perspektiven zu schaffen, damit die Leute gut arbeiten können. Gute Arbeit setzt gute Qualifikationen sowie gute Rahmenbedingungen voraus. Daran sollten wir gemeinsam arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Schreyer ums Wort gebeten. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Familie, Arbeit und Soziales): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes möchte ich mich ganz herzlich bei Frau Kollegin Kohlen bedanken. Sie traut der Staatsregierung selbst dort, wo sie keine Verantwortung hat und nicht mit am Tisch sitzt, die Entwicklung hervorragender Lösungen zu. Ich denke, damit können wir sehr zufrieden sein. Frau Kohlen, ich danke Ihnen für das große Zutrauen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Frau Kollegin, der Beifall ist rauschend!)

– Das ist klar. Die Kollegen hängen an meinen Lippen, die müssen nicht alle applaudieren. Das ist kein Problem, keine Sorge.

Sie wissen alle – das wurde mehrfach ausgeführt –, dass die Tarifautonomie eine hohe ist. Wenn wir an der Stelle weiterkommen wollen, ist auch klar, dass wir uns gesamtgesellschaftlich überlegen müssen, was die Arbeit am Menschen wert ist und ob wir diese Arbeit hochhalten wollen. Das kann man nicht im Rahmen der Aktuellen Stunde abhandeln. Frau Kollegin Gabi Schmidt hat darauf hingewiesen.

Wenn wir glaubwürdig sein wollen – das wurde mehrfach angesprochen –, ist es sinnvoll, wenn jeder dort, wo er kann, seine Hausaufgaben macht. An dem Tarifverhandlungstisch sitzt für die Kommunen seit sehr langer Zeit der SPD-Kollege Dr. Böhle. Er sitzt für die Münchner mit am Tisch und führt die Verhandlungen. Mich wundert es sehr, dass er offensichtlich über die Jahre bei den Tarifverhandlungen nicht weitergekommen ist. Glaubwürdige Politik wäre es, wenn diejenigen, die mit am Tisch sitzen, die Forderungen auch umsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Bei den Tarifparteien gäbe es in der Tat einiges, was man anschauen müsste, beispielsweise die Kita-Bezahlung nach Köpfen. Die Leitung einer Einrichtung wird nach der Anzahl der Kinder in der Kindertagesstätte beurteilt und nicht nach der Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das steht alles im Tarifvertrag. Das führt zu absurden Ergebnissen. Wenn sich eine Einrichtung entscheidet, Kinder unter drei Jahren oder Kinder mit Behinderung aufzunehmen, kann die Leitung sogar bestraft werden. Das steht alles im Tarifvertrag. Im Falle eines Arbeitgeberwechsels kann man sich durchaus verschlechtern. Diejenigen, die am Tisch sitzen, sollten bitte miteinander dafür Sorge tragen, dass ein solcher Tarifvertrag ordentlich funktioniert.

Das Ganze wird aber noch spannender. Ich zitiere die "tz" vom 20.09.2017:

Werbend hoben Strobl und Zurek hervor, dass das Einstiegsgehalt – inklusive München- und Arbeitsmarktzulage – für eine Erzieherin bei 3.156 Euro brutto liege. "Das ist nicht so schlecht", sagte Strobl.

So kann man es auch machen. In dieser Aktuellen Stunde ist alles schlecht. Die Bürgermeisterin sagt, es sei nicht so schlecht. Sie müssen miteinander einmal überlegen, wo Sie stehen.

Gerade wurde über die erzwungene Teilzeit diskutiert. Ich weiß nicht, wer von uns eine erzwungene Teilzeit bei den Erzieherinnen und Erziehern kennt. Erzieherinnen werden

vielmehr gesucht. Von einer erzwungenen Teilzeit kann man nicht ausgehen. Insofern möchte ich deutlich sagen: Mir ist es wichtig, dass die Erzieherinnen und Erzieher mehr verdienen. Der Freistaat geht immer mit. Der Freistaat Bayern geht bei dem, was zwischen den Tarifparteien ausgehandelt wird, immer mit. Wir erfüllen unsere Aufgabe an dieser Stelle. Frau Gudrun Brendel-Fischer hat vorhin angesprochen, dass es heute eine Kabinettsitzung zum Thema Wohnraum gegeben hat. An dieser Stelle lamentieren viele und handeln nicht an den Stellen, wo sie sitzen. Wir entscheiden uns, dort, wo wir handeln können, auch zu handeln. Wir wollen Wohnraum schaffen. Die Erzieherinnen und Erzieher drückt das Problem des Mangels an kostengünstigem Wohnraum am meisten. Das ist der große Unterschied. Sie jammern eine Aktuelle Stunde durch; wir handeln dort, wo wir Verantwortung haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie verkaufen 33.000 staatliche Wohnungen!)

Ich bin sehr froh, dass wir an der Stelle weiterkommen. Deshalb kann ich meine Rede auch ruhig halten; denn wer schreit, hat in der Regel nicht recht.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Stunde geschlossen. Wir kommen nun zu den Dringlichkeitsanträgen, die für die heutige Tagesordnung eingebracht worden sind.